

**Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen  
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)  
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau  
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster**

Pressemitteilung

## **Atomkraftgegner kritisieren Urenco-Rabatt**

- **Befreiung von Netzentgelten fördert Atomindustrie**
- **„Bundesregierung muss Uran-Rabatt streichen“**

(27.11.12) Mit großer Empörung reagieren Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf die Befreiung des multinationalen Urananreicherers Urenco von der Zahlung der Netzentgelte. Dadurch spart die Urenco, an der auch EON und RWE beteiligt sind, jährlich rund 939 000 Euro. Durch diesen Rabatt fördert die Bundesregierung explizit die Atomindustrie und den Export von angereichertem Uran von Deutschland rund um den Globus. Urenco betreibt im westfälischen Gronau die einzige deutsche Urananreicherungsanlage. Von Gronau aus wird jedes 10. Atomkraftwerk weltweit mit Uranbrennstoff zur Brennelementproduktion versorgt.

Udo Buchholz vom Arbeitskreis Umwelt Gronau und BBU-Vorstandsmitglied erklärt dazu: „Es ist unglaublich: Der Bundestag beschließt einerseits den vermeintlichen Ausstieg aus der Atomenergie in der Bundesrepublik. Doch die Bundesregierung erlässt andererseits ausgerechnet dem weltweit größten Urananreicherer die Netzentgelte – offiziell, um die weltweite Marktposition der Urenco zu stärken. Zu Hause will man angeblich aussteigen, doch auf den Weltmärkten möchte die Bundesregierung die deutsche Atomindustrie gerne im Rennen halten. Wenn es die Bundesregierung mit dem Atomausstieg Ernst meint, muss sie sofort den Uran-Rabatt für die Urenco streichen und sich umgehend an die Stilllegung der Urananreicherungsanlage machen“. Zum Schutz der Bevölkerung fordert die Anti-Atomkraft-Bewegung konsequent die sofortige Stilllegung der Gronauer Uranfabrik.

„Es ist ein Skandal, dass private Haushalte für einen Exporteur von Uranbrennstoff die Stromrechnung teilweise mitbezahlen sollen. Das hat mit einem Atomausstieg und gleicher Lastenverteilung nichts zu tun. Die Bundesregierung predigt die Energiewende und fördert gleichzeitig die alten Strukturen der Atomindustrie. Die Energiewende beruht auf dem Atomausstieg. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung diesen Atomausstieg endlich umsetzt und die Urananreicherung in Deutschland beendet, anstatt sie weiter klammheimlich zu fördern“, so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen verlangen zudem Auskunft darüber, ob weitere Unternehmen der Atombranche in NRW von Netzentgelten und EEG-Umlage befreit sind oder verringerte Beiträge zahlen.

**Weitere Infos:** [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de), [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de), [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de), [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)